

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4937.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Der Reichskanzler an die Beamten.

BB Berlin, 19. Sept. (Drabth.) Die Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes waren gestern nach der Reichskanzlei zu einer Besprechung geladen. Der Reichskanzler schilderte die schwierige Lage, in die Reich und Volk durch den Ruhrstreik geraten seien, und wie die Reichsregierung unter Ausbeutung fast untragbarer Verpflichtungen einen Weg zur Lösung des Ruhrkonflikts suche. Natürlich könne man unmöglich die erdrückenden Beamten im Stich lassen. Die zweite dringende Aufgabe sei die Sicherstellung unserer Währung und die Gesundung der Finanzen. Eine weitestgehende Beschränkung aller Ausgaben müsse ebenfalls durchgeführt werden wie eine Vereinfachung des gesamten Verwaltungssystems. Ohne Beamte könne ein Staat nicht existieren, doch er müsse von den Beamten Rücksicht auf die erdrückende Lage verlangen. Wenn also von den Beamten Opfer verlangt würden, dann hoffe die Reichsregierung auf Verständnis bei der Beamenschaft. Die Rechte der Beamten würden keineswegs angegriffen werden.

In Behinderung des Kanzlers nahm dann der Reichsfinanzminister den Vorsitz der Besprechung. Dr. Hilferding erklärte u. a., er denke gar nicht daran, das Berufsbeamtentum abzubauen. Die Währungsmassnahmen würden sich gerade für die Beamten dahin auswirken, daß sie künftig wertvollere Raten erhielten. Der Minister versicherte zum Schluss, daß demnächst eine neue Besprechung beim Kanzler stattfinden würde, in der mit den Organisationen über den Abbau der Verwaltung und die Besetzung gesprochen werden soll.

Die Beamten-Auszahlungen.

GA Berlin, 19. Sept. (Eig. Drabth.) Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums sollen die monatlichen Vorauszahlungen der Beamtenbezüge erhalten bleiben und nur die im Laufe des Monats etwa erforderlich werdenden Erhöhungen (Nachzahlungen) der Bezüge künftig wöchentlich ausbezahlt werden. Diese Maßnahmen ersparten der Regierung zurzeit notwendig, um den für die Zahlungen erforderlichen Bedarf an Zahlungsmitteln jeweils möglichst niedrig zu halten und um einer übermäßigen Inflationsinflation zu steuern. Im übrigen werde durch die Einführung des neuen Zahlungsmittels die Möglichkeit geschaffen, den Beamten die Gehälter künftig in wertvollender Form auszuzahlen, so daß die Notwendigkeit von wöchentlichen Nachzahlungen später fortfalle.

Baldwin in Paris.

WTB Paris, 19. Sept. (Drabth.) Der englische Premierminister Baldwin ist gestern hier eingetroffen und auf dem Bahnhof durch einen Vertreter der französischen Regierung begrüßt worden.

GA Paris, 19. Sept. (Eig. Drabth.) In französischer Regierungskreisen wird mit Befriedigung festgestellt, daß der heutige Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten von englischer Seite größtenteils beilege wird, als man hier von französischer Seite in vorläufiger Zurückhaltung zunächst beilegen wollte. Man hat hier den Eindruck, daß Baldwin auf eine eingehende Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen sein möchte. Diesem Zweck soll ein Mittagessen in der englischen Botschaft dienen. Kein äußerlich wird die Bedeutung der Zusammenkunft von englischer Seite dadurch unterstrichen, daß das Foreign Office Sir William Turrel nach Paris geschickt hat. Turrel ist gestern Abend mit dem britischen Botschafter in London hier eingetroffen. Die Pariser Morgenblätter widmen dem englischen Premierminister freundliche Begrüßungsartikel und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die heutige Aussprache eine Wiederannäherung zwischen London und Paris zur Folge haben wird.

GA London, 19. Sept. (Eig. Drabth.) Hier wird bestätigt, daß die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten in Paris auf eine Einladung Poincarés zurückzuführen ist, die Baldwin annahm. In London ist man allerdings sehr skeptisch über die voraussichtlichen Ergebnisse. Die Unterredungen werden streng geheim sein und im Wesentlichen nur eines Dolmetschergesprächs stattfinden.

GA London, 18. Sept. (Eig. Drabth.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“

erhofft von der Besprechung wenig, da auch Baldwin nicht mehr Eile habe, vor dem Zusammenkommen der britischen Reichskonferenz seine Politik festzulegen, denn selbst eine formelle Einstellung des Ruhrwiderstandes könne die jetzige Lage nicht derart ändern, daß sofortige Entscheidung nötig würde.

Thunis.

GA Paris, 18. Sept. (Eig. Drabth.) Der belgische Ministerpräsident Thunis, der Donnerstagabend zur Teilnahme an einer Familienfeier in Paris eingetroffen war, ist Dienstagabend nach Brüssel zurückgekehrt, ohne Poincaré gesehen zu haben. Die Gerüchte über bestehende Verständigungen zwischen Brüssel und Paris erfahren dadurch neue Nahrung.

Drei neue Reden Poincarés.

TU Paris, 18. Sept. (Drabth.) Poincaré wird am nächsten Sonntag im Département Nord et Pas de Calais wiederum drei Reden halten und ebenso viele Reden halten.

Die deutschen Angebote.

* Berlin, 19. Sept. (Drabth.) Dem Reichstag ist ein Weiskub über die deutschen Angebote in der Reparationsfrage zugegangen. Es enthält die den Verbündeten seit dem Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Wiederaufbaufrage.

Griechenlands Führe.

GA Paris, 19. Sept. (Eig. Drabth.) Das meldet aus Athen: In Ausführung der Bestimmungen der Rote der Besatzungskonferenz hat sich der griechische Kriegsminister gestern früh offiziell auf die italienische, französische und englische Vorschläge begeben, um dort die offizielle Entscheidung der griechischen Regierung für die Ermordung der Mitglieder der italienischen Kommission vorzubringen.

GA Paris, 19. Sept. (Eig. Drabth.) Die Einschiffung der Leichen des Generals Tellini und der anderen Offiziere ist in Preveze vorgenommen worden. Zwei Kompanien Infanterie und ein griechisches Torpedoboot flaketen die militärischen Ehrenbezeugungen ab.

Amerikas Abkehr vom Völkerbund.

Neu York, 18. Sept. (Drabth.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington haben auch die demokratischen Führer infolge der jüngsten Kontroverse zwischen Italien und dem Völkerbund darauf verzichtet, noch weiter für die Zugehörigkeit Amerikas zum Völkerbund einzutreten, der sich als ein ohnmächtiges Instrument erwiesen habe.

Der Kampf gegen den Geheimbund.

GA Paris, 19. Sept. (Eig. Drabth.) Das „Petit Journal“ meldet aus Neu York, daß die Truppen der Union, die nach dem Staate Alabama entsandt wurden, um die Umtriebe des Ku-Klux-Klan zu bekämpfen, dort eingetroffen sind. Die Militärbehörden haben strenge Ordonnen gegeben, gegen diesen Geheimbund mit allen Mitteln vorzugehen, und der Gouverneur hat in einer Rede erklärt, daß er alle Anstrengungen unternehmen werde, um den Geheimbund völlig aufzulösen. Der Präsident Coolidge hat seinerseits erklärt, daß er in die Angelegenheit nicht eingreifen und die Lösung derselben den lokalen Behörden überlassen werde.

Coolidge erwartet Lloyd George.

GA Paris, 19. Sept. (Eig. Drabth.) „Petit Journal“ meldet aus Washington, daß der Präsident Coolidge den Besuch des früheren englischen Premierministers Lloyd George bei seiner Durchreise in Washington erwartet.

Vertagung des preussischen Landtages.

WTB Berlin, 19. Sept. (Drabth.) Im Landtag stand zunächst auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs über die Vertagung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft. § 1 wurde unter Zustimmung der Kommunisten angenommen.

Der Rest der Vorlage wird im einzelnen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Die Schlussabstimmung wird abgelehnt.

Das Haus tritt in die dritte Beratung des Gesetzes über

Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbetriebes an eine Gesellschaft m. b. H.

ein. Nachdem von kommunistischer Seite unter großer Unruhe des Hauses noch verschiedene Male

versucht worden war, ihre Anträge zur sofortigen Debatte zu stellen, gelangte das Gesetz zur Annahme unter Ausschließung eines von allen Fraktionen mit Ausnahme der kommunistischen beantragten Zusatzes zu § 5: Die Veräußerung wesentlicher Teile des verstaatlichten Bergwerks und eine Veräußerung der Verwaltungsgeschäfte, Veräußerung und Veräußerung über zehn Millionen Goldmark hinaus darf nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen.

In der Gesamtstimmung wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Der Präsident schlägt vor, die

nächste Sitzung am den 16. Oktober, nachmittags, anzuuberäumen und ihm die Festsetzung der Tagesordnung zu überlassen. Die Delegierten sind mit einer solchen Vertagung nicht einverstanden, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie sprechen sich dafür aus.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, in denen der Verlauf der Sitzung zu kritisieren und einander Vorwürfe zu machen, bleibt es unter Ablehnung aller anderen Anträge bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Heinemann erklärte, er werde sich über den Termin einer etwaigen früheren Einberufung mit dem Reichstagsrat verständigen, und spricht die Hoffnung aus, daß der Landtag beim Wiederauftritt eine bessere Verhältnisse vorfinden möge, damit Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes garantiert bleiben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, die sich während dieser Worte von den Plätzen erhoben hat. Großer Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Nieder mit der Regierung Stresemann, nieder mit der Koalition!)

Unfallversicherung.

TU Berlin, 18. Sept. Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten ist die Neuregelung der Renten und Zulagen in der Unfallversicherung beraten worden. In Anbetracht der gesamten politischen Lage und des zunehmenden Leistungsabfalls nach langer Debatte über die Ausgestaltung der Unfallversicherung wurde beschlossen, die Unfallversicherung zu reformieren.

Ein Ernährungsminister in Bayern?

GA München, 18. Sept. (Eig. Drabth.) Nach Blättermeldungen ist die Ernennung eines Ernährungsministers für Bayern in Aussicht genommen. Derselben soll die Verwaltung der Ernährungsangelegenheiten in eigener Zuständigkeit alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ernährungsverhältnisse Bayerns so weit als möglich zu verbessern. Als Minister soll eine in Ernährungsangelegenheiten erfahrene, weit bekannte Persönlichkeit in Aussicht genommen sein. Man hofft, daß eine der Hauptmaßnahmen des neuen Mannes eine radikale Einschränkung der geradezu riesigen Zahl der Händler sein werde, die im Zwischenhandel zu anarchischen Zuständen geführt hätten. Der Minister der jetzigen Zahl der Händlerkonzessionen könnten ruhig eingespart werden.

Die halbamtliche Korrespondenz Hoffmann bemerkt dazu, daß die amtliche bayerische Pressestelle erklärte, über die Sache nichts weiteres zu wissen. Wie man aber dazu erfährt, scheitert tatsächlich Erwägungen in dieser Angelegenheit, haben aber noch nicht zu einem endgültigen Entschluß geführt.

Freie Zuckerwirtschaft.

Konzessionierung und Kontingentierung der Zucker verarbeitenden Industrien.

BB Berlin, 18. Sept. (Drabth.) Das Reichskabinett hat einem Gesetzentwurf des Reichsernährungsministers zugestimmt, der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 die Einführung der freien Zuckerwirtschaft vorsieht. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Zuckerrückbau gegenüber dem Vorjahr nur um ein Geringes zurückgegangen sei und daß mit einer Erzeugung von 12 Millionen Doppelzentner Verbrauch zu decken. Von einer weiteren Fortführung der Zwangsverteilung befürchtet die Regierung einen erheblichen Rückgang im Zuckeranbau. Um unbedingte Gewährung zu haben, daß der Zucker in erster Linie der Bevölkerung zugute kommt, sieht der Entwurf vor, daß die Zuckerfabriken verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Teil ihrer Erzeugung bis zu einem bestimmten Termin als Rücklage zurückzubehalten. Diese Rücklage darf nur mit Genehmigung des Reichsernährungsministers in den Verkehr gebracht werden. Ferner sollen die großen Zuckerfabriken verarbeitenden Industrien konzeptioniert und kontingentiert werden. Im allgemeinen sollen nur bereits bestehende Betriebe die Genehmigung zur Verarbeitung erhalten. Um die Spekulation mit Zucker zu verhindern, wurde eine besondere Handelsverpflichtung für Zucker für solche Betriebe vorgesehen, die im Handel mit Zucker nach dem 1. Oktober 1923 beginnen wollen.

Die Tragödie des Friedens.

Der bekannte Geschichtsschreiber des römischen Reiches, Guglielmo Ferrero, hat unter dem viel-sagenden Titel: „Die Tragödie des Friedens. Von Versailles zur Ruhr“, ein Buch erscheinen lassen, das in Deutschland großes Interesse erregt wird und sicher eine, vielleicht die öfteren Wiederholungen gefürzte Uebersetzung verdient.

Ferrero geht von der tiefstmerkwürdigen Beobachtung aus, daß das Licht des Geistes in Europa ausgeht, und hält es für seine Pflicht, die wenigen, die guten Willens sind, zur Ordnung, zur Freiheit und zur Weisheit aufzurufen. Das Buch ist also, um einen bei uns etwas verbrauchten Ausdruck anzuwenden, durchaus aufbauend, moralisch, wenn man will, lehrhaft in Warnung und Mahnung, aber doch gar nicht langweilig, weil auf reicher geschichtlicher und persönlicher Erfahrung, auf auter Kenntnis fremder Länder und Menschen beruhend. In Gedanken an Nichts können wir es eine Rede an die siegreichen Nationen der Entente nennen, in der ihnen vorgehalten wird, was sie veräußert und was sie gebrochen haben. Die „Tragödie“ besteht aus 39 meist kürzeren Aufsätzen und Tagebuchaufzeichnungen, die zum Teil in Zeitungen, darunter dem Mailänder „Secolo“, schon gedruckt waren und sich auf die Jahre 1919 bis 1923 verteilen.

Ferrero will seinen Lesern so eindrucksvoll wie nur möglich zu Gemüte führen, daß der Versailler Vertrag und alles, was darauf beruht, seinen Bestand haben kann und wird. Darauf kommt es immer wieder und unter wechselnden Gesichtspunkten zurück, und kaum jemand wird sich seiner eindringlichen Verheißung entziehen können. Fern vergleicht er den Wiener Kongress mit den Versailler Beratungen und lobt jenen ebenso lebhaft, wie er diese tadelt. Die Kurfürsten und Staatsmänner des Jahres 1815 erhalten hier eine Späße, aber um so ausgiebiger Genuß. Ferrero darf sich rühmen, schon zu Anfang des Jahres 1919, als er persönlich in Paris weilte und Gelegenheit hatte, sich mit französischen Politikern auszusprechen, die Uebel vorhergesehen zu haben, die dann wirklich entstanden sind. Statt betont, daß der Zusammenbruch Rußlands, eine Folge der deutschen Siege, für Deutschland und die Türkei einen erheblichen Gewinn darstellt. Amerika hat die Entente gerettet, aber da die Entente das einzige, worauf Amerika Wert legt, die Freiheit der Meere, beiseitegeschoben hat, kann sie nichts mehr von Amerika erwarten. Den Franzosen wirft er vor, daß sie von ihren großen Grundbügen vollständig abgewichen sind und nicht mehr an die Kraft ihrer Revolution glauben. Er vermißt im ganzen Versailler Vertrag irgendwelche klaren und gerechten Grundbügen und beklagt an mehreren Stellen, daß es bisher noch gar nicht gelungen sei, an Stelle der 1789 zugrundegegangenen alten Ordnungen neue, zukunftsfähige zu geben. Es müßte zunächst recht merkwürdig an, wenn ein so moderner Mann wie Ferrero sich zum Lobredner der guten alten Zeit aufwirft, aber man freut sich auch wieder seines gefunden geschichtlichen Sinnes. Versailles, so sagt er einmal, bedeutet das Protektorat über Deutschland, und die lange Jahre andauernden Zahlungen sind weiter nichts als ein Tribut. Es ist aber unmöglich, ein Volk wie das deutsche, das nach dem Zusammenbruch Rußlands das stärkste in Europa sei, so zu behandeln wie etwa Marokko. Je mehr Frankreich Deutschland ent-waffnet, desto mehr muß es den wachsenden Haß des entwaffneten Deutschlands fürchten. Wenn die Entente sieger Flug gewonnen wären und aus der Geschichte gelernt hätten, würden sie die deutsche Republik geschenkt und auch für die besiegten erträgliche Zustände geschaffen haben. Das Gegenteil ist geschehen. Deutschland kann nicht zahlen und will nicht zahlen, weil seine Regierung, die auf dem Willen der Massen beruht, viel zu schwach ist, um ihnen solche schwere Lasten aufzubürden.

„Der Sieger wird sterbend auf die Leiche des Besiegten fallen“, sagte Ferrero schon 1916. Ein künftiger Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ist ihm die wahre Gefahr, und dieser Krieg hat mit dem Einbruch ins Ruhrgebiet schon begonnen. Wenn er meint, daß der passive Widerstand dort ohnmächtig sein würde, so wird er heute darüber anders urteilen. Aber er sieht innere Gefahren daraus hervorgehen: die französischen Soldaten würden die Erfahrungen, die sie im Kleinkrieg machen, bei anderer Gelegenheit anzuwenden wissen. Frankreich und Belgien würden auch keinesfalls Zahlungen erweisen, und wenn sie bis Berlin marschieren wollten, weil ganz Deutschland unter einem Leichentuch von Papiergeld begraben liege. Der Versailler Vertrag sei nichts anderes und könne nichts anderes sein als ein Werkzeuge, um Deutschland zu zerstören. Im letzten Teile des Buches, der die bescheidene Ueberschrift trägt: „Erste Rede an die Tauben“, unterteilt er den wahren vom falschen Kommunismus und zeigt, wie in Rußland unter sozialistischem und kommunistischem Namen sich die aus bürgerlichen Verhältnissen wohlhabende Lebensweise nach Reichtum und Macht verbringt. Vom Papstum erzählt er, daß es im Weltkrieg den Sieg Rußlands

Guglielmo Ferrero, La Tragedia della Pace. Do Versaillen alla Ruhr. Edizioni Athena 1923, Milano.

Die in diesem Buche im Verlage der Brockmannschen Buchhandlung (Walter Weidemann) in Jena unter dem oben angegebenen Titel erschienen. Die Uebersetzung von Frau E. Frickard.

Borau
Abend des
Tages: nicht
sehr kühl.

Bin ich ein Mann von fünfundsünzig Jahren?
Habe ich graues Haar? Kann ich Inhaber eines
großen Handelshauses sein? Kann ich vor acht

„Ich will es Ihnen gern sagen — doch mit wem
de ich, wenn ich fragen darf?“

Dr. Schlüter war ja in das Hotel gekommen, um seinen Brief erhalten. Daß Schlüter noch bei ihm im Gefängnis war, konnte höchstens

A. EICK SOHN
ESSEN.

